



Vorlage an das Stadtparlament

vom 22. März 2005

Nr. 0371

Bundesverwaltungsgericht

Standortbeitrag an den Neubau des Bundesverwaltungsgerichtes**Zusammenfassung**

Im Jahr 2002 hat die Bundesversammlung entschieden, dass das neu zu schaffende Bundesverwaltungsgericht in St.Gallen domiziliert werden soll. Dieses neue Bundesgericht wird gemäss heutiger Planung 64 Richterinnen und Richter beschäftigen und insgesamt rund 450 Arbeitsplätze umfassen. Hierfür soll am westlichen Rand der Innenstadt von St.Gallen ein neues Gerichtsgebäude erstellt werden. Die Planung sieht vor, dass das neue Gebäude im Jahr 2010 bezogen werden kann.

Das Bundesgesetz über den Sitz des Bundesstrafgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts sieht vor, dass sich die Standortkantone Tessin und St.Gallen an den Kosten der Errichtung der neuen Gerichte finanziell beteiligen. Über die Höhe des Standortbeitrags spricht sich das Gesetz jedoch nicht aus. Zur genauen Festlegung von Art und Umfang der finanziellen Beteiligung des Standortkantons haben der Bundesrat und die St.Galler Regierung nach längeren Verhandlungen im Sommer 2004 eine Vereinbarung abgeschlossen. Gemäss dieser sogenannten Grundsatzvereinbarung erstellt der Kanton St.Gallen im Auftrag und nach den Vorgaben des Bundes auf eigene Rechnung das Gerichtsgebäude. Der Kanton bleibt Eigentümer der Liegenschaft und vermietet das Gebäude dem Bund für die feste Dauer von 50 Jahren zur Nutzung. Nach Ablauf der festen Mietdauer geht die Liegenschaft entschädigungslos an den Bund über. Der Kanton leistet an die Erstellungskosten einen direkten Finanzierungsbeitrag von 15 Mio. Franken. Überdies gewährt er dem Bund für die vereinbarte Mietdauer eine Mietzinsvergünstigung um 1,5 Prozentpunkte im Vergleich zur marktüblichen Nettorendite. Zwischen Bund und Kanton ist somit für das Bundesverwaltungsgericht ein Miet-Kauf-Modell mit einem direkten Finanzierungsbeitrag von 15 Mio. Franken ausgehandelt worden. Im Sinne der Solidarität mit dem Kanton und in Anerkennung der Besonderheit eines Bundesgerichtsstandortes hat die Stadt St.Gallen in Aussicht gestellt, an den Betrag von 15 Mio. Franken einen städtischen Standortbeitrag von 1,5 Mio. Franken zu leisten.



1 Ausgangslage

1.1 Justizreform des Bundes

Im März 2000 stimmten Volk und Stände einer Justizreform des Bundes zu. Diese umfassende Reform hat zum Ziel, die Mängel des Justizsystems zu beheben, die im Lauf der Jahrzehnte aufgetaucht sind. Unter anderem soll mit der Schaffung eines Bundesstraf- und eines Bundesverwaltungsgerichtes das chronisch überlastete Bundesgericht entlastet werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat zur Aufgabe, Beschwerden im gesamten Bereich des Bundesverwaltungsrechtes zu beurteilen. Hierzu werden einerseits die bestehenden rund 36 eidgenössischen Rekurskommissionen und Beschwerdedienste, die heute für diese Beschwerden zuständig sind, zusammengefasst. Andererseits werden jene Bereiche der Verwaltungsrechtspflege einbezogen, bei denen heute noch keine richterliche Vorinstanz des Bundesgerichts besteht, und es werden dem Bundesverwaltungsgericht jene Fälle zugewiesen, bei denen heute der Bundesrat oder ein Departement entscheidet. So soll die Rechtsweggarantie in allen Bereichen verwirklicht werden.

Für den Betrieb des Bundesverwaltungsgerichts werden rund 400 Vollzeitstellen benötigt, was etwa 450 Arbeitsplätzen entspricht. Davon sind 64 Stellen für Richterinnen und Richter vorgesehen. Als Arbeitsvolumen wird das Gericht etwa 17'000 bis 18'000 Fälle jährlich zu bearbeiten haben. Bei der Standortfrage entschieden sich die Eidgenössischen Räte im Juni 2002 für St.Gallen als Standort des Bundesverwaltungsgerichts und für Bellinzona als Standort des Bundesstrafgerichtes. Diese Standortentscheide sind im Bundesgesetz über den Sitz des Bundesstrafgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts festgehalten.

Die Tätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts wird im Verwaltungsgerichtsgesetz geregelt. Dieses Gesetz soll im Jahr 2007 in Kraft treten und damit die Betriebsaufnahme des Bundesverwaltungsgerichts ermöglichen. Da mit der Fertigstellung des Gerichtsgebäudes in St.Gallen erst im Jahr 2010 zu rechnen ist, wird das Bundesverwaltungsgericht für die ersten Jahre in Provisorien in Bern untergebracht. Diese Lösung hat den Vorteil, dass das Bundesverwaltungsgericht in bereits funktionierenden Strukturen nach St.Gallen umziehen wird. Die Umsetzung ist im Bundesgesetz über den Aufbau des Bundesverwaltungsgerichts geregelt, das am 2. März 2005 vom Nationalrat als Zweitrat oppositionslos verabschiedet wurde.

1.2 Standortwahl für das Bundesverwaltungsgericht

Die Auswahl des Standortes für das Bundesstraf- und das Bundesverwaltungsgericht folgte dem föderalen Grundsatz der Dezentralisierung. Insbesondere beim Bundesverwaltungsgericht sollte damit eine Distanz und Unabhängigkeit von der Bundesverwaltung manifestiert



werden. Neben diesem regionalpolitischen Grundsatz spielten Kriterien wie Erreichbarkeit, Nähe zu Universitäten, Attraktivität der konkreten Angebote (namentlich Lage und Raumvolumen) sowie personalpolitische Überlegungen eine Rolle. In den eidgenössischen Räten gaben die regionalpolitischen Argumente schliesslich den Ausschlag für die Standortwahl.

Der Kanton St.Gallen zeigte von Beginn weg grosses Interesse und reichte rechtzeitig seine Kandidatur ein. Die Regierung setzte eine Arbeitsgruppe ein, welche die St.Galler Bewerbung betreute und unterstützte. Zudem starteten rund 40 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus der Ostschweiz eine Petition für den Standort St.Gallen, bei der insgesamt mehr als 15'000 Petitionsunterschriften zusammenkamen.

Im Rahmen des Bewerbungsverfahrens schlugen Kanton und Stadt St.Gallen die Liegenschaft St.Leonhard, wo die Planung eines Geschäftsgebäudes bereits weit fortgeschritten war, als Standort für das neue Gerichtsgebäude vor. Im Oktober 2002, also wenige Monate nach dem Standortentscheid der Eidgenössischen Räte, sprach sich der Bundesrat hingegen dafür aus, von St.Leonhard als Standort für das Bundesverwaltungsgericht abzusehen. Ausschlaggebend waren folgende Gründe: Einerseits wurde das Bürogebäude als zu wenig repräsentativ angesehen, andererseits war zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar, wie gross der Raumbedarf für das Bundesverwaltungsgericht sein würde. Ausserdem wäre das Gebäude zu früh fertig gestellt gewesen, was zu hohen Stillstandskosten geführt hätte. In der Folge evaluierte eine St.Galler Arbeitsgruppe verschiedene Standorte und unterbreitete diese dem Bund. Der Bund entschied sich im Einvernehmen mit Kanton und Stadt St.Gallen aus den verschiedenen Varianten schliesslich für das Grundstück Chrüzacker als Standort und damit für ein Neubauprojekt. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurde aufgezeigt, dass auf dem Gelände ein repräsentatives und den Anforderungen entsprechendes Gerichtsgebäude realisiert werden kann.

1.3 Finanzierungsbeteiligung der Standortkantone

Bereits in der Botschaft zum Sitz des Bundesstrafgerichts und Bundesverwaltungsgerichts, in welcher der Bundesrat Freiburg und Aarau als Standorte für die neuen Gerichte vorschlug, knüpfte der Bundesrat seinen Standortentscheid daran, dass die Standortkantone sich finanziell zu beteiligen hätten. Die Regierung des Kantons St.Gallen erklärte sich nach dem endgültigen Standortentscheid der Eidgenössischen Räte im Grundsatz bereit, über eine finanzielle Beteiligung zu verhandeln.

Der Bundesrat erwartete zu Beginn der Verhandlungen von den Kantonen St.Gallen und Tessin eine Beteiligung, die das Baugrundstück sowie die Hälfte der Gebäudeerstellungskosten umfasste. Die beiden Kantone erklärten sich zwar bereit, über einen Investitionsbeitrag zu verhandeln. Als notwendige Verhandlungsgrundlage setzten sie jedoch eine verläss-



liche Schätzung der Gesamtkosten voraus. Diese Schätzung legte der Bundesrat rund ein Jahr später vor. Er bezifferte – gestützt auf das ermittelte Raumvolumen, die Arbeitsplatzzahl und die Machbarkeitsstudie – die Gesamtkosten auf 82 Mio. Franken, enthaltend 12 Mio. Franken für den Erwerb des Grundstücks. Aufgrund dieser Zahlen erwartete der Bundesrat vom Kanton St.Gallen, dass dieser einen Kostenanteil von 47 Mio. Franken – also 57 Prozent der Gesamtkosten – übernehmen würde.

In der Botschaft zum Entlastungsprogramm 03 für den Bundeshaushalt sah der Bundesrat vor, praktisch alle geplanten Neubauvorhaben des Bundes zurückzustellen. Für die Gerichtsgebäude in St.Gallen und Bellinzona hätten vorübergehend Mietlösungen gefunden werden sollen. Gestützt auf diese Rahmenbedingungen gemäss dem Entlastungsprogramm unterbreitete der Kanton St.Gallen dem Bund ein Verhandlungsangebot, den Boden im Wert von 12 Mio. Franken zur Verfügung zu stellen und die Erstellung des Gebäudes vorzufinanzieren und die Liegenschaft dem Bund mietweise zur Nutzung zu überlassen. Der Kanton St.Gallen sicherte dem Bund zudem zu, ihn bei der Planungsvorbereitung, wie insbesondere bei der Standortsuche, dem Architekturwettbewerb, dem Baubewilligungsverfahren sowie bei der Personalrekrutierung tatkräftig zu unterstützen.

Im Dezember 2003 legten sich der Bund und der Kanton St.Gallen auf eine gemeinsame Absichtserklärung für das weitere Vorgehen fest. Inhaltlich bestand diese Erklärung aus einem Grundkonzept, bei dem der Kanton St.Gallen den Boden zur Verfügung stellt, das Gebäude erstellt und es dem Bund zu einem vergünstigten Zins vermietet. Diese Vereinbarung regelte aber keine Details. Während der Verhandlungen über die finanzielle Beteiligung koordinierte sich der Kanton St.Gallen mit dem Kanton Tessin. So konnte sichergestellt werden, dass in den Verhandlungen die beiden Kantone Transparenz über Möglichkeiten und Absichten des anderen hatten. Dies führte dazu, dass die Leistungen der beiden Standortkantone gemessen an den jeweiligen Gesamtinvestitionen identisch waren.

In der ersten Hälfte des Jahres 2004 wurden die inhaltlichen Details der gemeinsamen Absichtserklärung in weiteren Verhandlungsrunden weiter konkretisiert. Die Verhandlungen mündeten schliesslich am 28. Juni 2004 in eine Grundsatzvereinbarung. Diese Vereinbarung regelt umfassend alle Punkte, die in der Absichtserklärung vorgespurt waren. So wurde neben der Finanzierung auch die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton St.Gallen beim Aufbau des Bundesverwaltungsgerichts geregelt.

1.4 Architekturwettbewerb

Nachdem sich der Bundesrat und die St.Galler Regierung über die Finanzierungsbeteiligung und Aufgabenteilung geeinigt hatten, konnte im September 2004 der Architekturwettbewerb ausgeschrieben werden. Der Wettbewerb, bei dem das kantonale Hochbauamt die



Federführung hat, ist zweistufig aufgebaut. Auf einer ersten Stufe sollen Ideen für die städtebaulichen Entwicklungen gesammelt und das Gerichtsgebäude wie auch die angrenzende Wohnüberbauung anhand von groben Skizzen dargestellt werden. Aus allen Wettbewerbseingaben werden 20 bis 30 Projekte für die zweite Stufe zugelassen. Die Jurierung dieser ersten Stufe findet im April 2005 statt. Auf der zweiten Stufe werden die 20 bis 30 besten Wettbewerbsprojekte konkretisiert. Dabei wird es darum gehen, detaillierte Vorschläge für die Gestaltung der Bauten und der Aussenräume, den Grundriss und die Betriebsstruktur, die Gebäudetechnik sowie die Wirtschaftlichkeit zu erhalten. Es ist vorgesehen, dass das Siegerprojekt Ende 2005 ausgewählt wird.

2 Vereinbarung zwischen Bund und Kanton St.Gallen

2.1 Grundsatzvereinbarung

Der Bund hat mit dem Kanton St.Gallen eine Vereinbarung abgeschlossen, in der die Zusammenarbeit und Zuständigkeit der beiden Vertragsparteien beim Aufbau des Bundesverwaltungsgerichts sowie die Modalitäten der Finanzierungsbeteiligung des Kantons im Einzelnen geregelt werden. Diese sogenannte Grundsatzvereinbarung datiert vom 28. Juni 2004 und ist von der Regierung am 24. August 2004, vom Bundesrat am 25. August 2004 formell genehmigt worden. Sie enthält detaillierte Regelungen über Standort und Eigentumsverhältnisse, Planung und Erstellung des Gerichtsgebäudes, Finanzielles und Standortbeitrag, Grundelemente des Mietvertrages sowie ergänzende Bestimmungen.

2.2 Kantonaler Standortbeitrag und Eigentumsverhältnisse

Das Bundesverwaltungsgericht wird auf dem Grundstück Chrüzacker in St.Gallen erstellt. Dieses befindet sich am westlichen Ausläufer des Rosenberghügels, unmittelbar angrenzend an die westliche Innenstadt. Die Parzelle befindet sich heute im Eigentum der staatlichen Pensionskasse (Versicherungskasse für das Staatspersonal). Für die Bedürfnisse des Bundesverwaltungsgerichts wird nur der untere Teil der Parzelle benötigt. Nach Vorliegen der Baubewilligung wird der Kanton diesen Teil des Grundstücks von der Pensionskasse erwerben und darauf das für das Bundesverwaltungsgericht erforderliche Gebäude erstellen. Der Bund wirkt in enger Zusammenarbeit mit den kantonalen Stellen bei der Planung, Projektierung und Bauausführung mit.

An die Investitionskosten von 82 Millionen für die Errichtung des Bundesverwaltungsgerichts hat der Kanton einen direkten Finanzierungsbeitrag von 15 Mio. Franken zu entrichten. Der Beitrag dient zur Reduktion des für die Mietpreiskalkulation massgeblichen Gesamtin-



vestitionsvolumens. Es handelt sich hierbei um einen festen, von der Höhe der tatsächlichen Investitionskosten oder der Teuerung unabhängigen Beitrag, der beim Bezug des Gebäudes (d.h. zu Beginn des Mietverhältnisses) fällig wird.

Zusätzlich zum festen Finanzierungsbeitrag von 15 Mio. Franken hat der Kanton dem Bund als weiteres Element der Finanzierungsbeteiligung eine für die ganze Dauer des Mietverhältnisses gültige Vergünstigung des Mietzinses um 1,5 Prozentpunkte im Vergleich zur marktüblichen Nettorendite zu gewähren. Ausserdem hat der Kanton dem Bund nach Ablauf der festen Mietdauer von 50 Jahren die Liegenschaft kostenlos abzutreten.

3 Standortbeitrag der Stadt St.Gallen

Der Bund begründet seine Forderung nach einem Standortbeitrag mit dem Nutzen, den das Bundesverwaltungsgericht der Region bringt. Der Nutzen widerspiegelt sich im zusätzlichen Steuersubstrat, das die zuziehenden Angestellten des Gerichtes bringen, in Vorteilen für die regionale Wirtschaft (sogenannter Multiplikatoreffekt) und im Imagegewinn.

Von diesen Vorteilen profitiert nicht nur der Kanton, sondern im Besonderen auch die engere Region und hier hauptsächlich auch die Standortgemeinde. Die Regierung ist deshalb sowohl an die Nachbarkantone als auch an die Stadt St.Gallen und die Gemeinden in der Agglomeration St.Gallen gelangt mit dem Ersuchen um eine Beteiligung am Standortbeitrag. Im Fall des Bundesstrafgerichtes beteiligt sich die Stadt Bellinzona ebenfalls mit einem Beitrag von 2.1 Mio. Franken an den Leistungen des Kantons Tessin. Von den Angefragten zeigte sich jedoch lediglich der Stadtrat von St.Gallen bereit, einen eigenen Beitrag zu leisten. Im Sinne der Solidarität mit dem Kanton und in Anerkennung der Besonderheit eines Bundesgerichtsstandortes stellte er eine Standortleistung von 10 Prozent des direkten Finanzierungsbeitrags des Kantons, also von 1,5 Mio. Franken in Aussicht. Grundsätzlich hätte sich der Stadtrat auch eine weitergehende Beteiligung vorstellen können, dies jedoch nur unter der Voraussetzung, dass sich auch die Regionsgemeinden erkenntlich zeigen. Dabei stand ein Modell im Vordergrund, welches die Beitragsleistung der einzelnen Gemeinden mit den tatsächlichen Zuzügen von Mitarbeitenden des Bundesverwaltungsgerichtes verbunden hätte. Damit wären diesen Beiträgen auch unmittelbare Steuererträge gegenüber gestanden. Dieses verursacher- bzw. nutzengerechte Modell wurde von den umliegenden Gemeinden abgelehnt. Deshalb sah auch der Stadtrat davon ab, einen höheren Beitrag als die genannten 1,5 Mio. Franken in Aussicht zu stellen. Für die Stadt St.Gallen hat die Ansiedlung des Bundesverwaltungsgerichts einen hohen Stellenwert. Es wird eine Institution geschaffen, die im Bereiche der Justiz auf eidgenössischer Ebene eine bedeutende Ausstrahlung haben wird. In der Stadt St.Gallen werden über 400 teils hoch qualifizierte Arbeitsplätze



entstehen. Anzunehmen ist schliesslich, dass sich ein Teil der Mitarbeitenden in der Stadt St.Gallen niederlassen wird.

4 Postulat betreffend Begleitmassnahmen zur Verwirklichung des Bundesverwaltungsgerichtes

Am 19. November 2002 hat der Grosse Gemeinderat ein Postulat „Begleitende Massnahmen zur Verwirklichung des Bundesverwaltungsgerichtes“ erheblich erklärt mit dem Auftrag, „zu prüfen und Bericht zu erstatten, welche begleitenden Massnahmen im Zusammenhang mit dem Bundesverwaltungsgericht er als zweckmässig erachtet, und wie er diese umzusetzen gedenkt“ (vgl. Beilage).

Bereits im April 2001 hatten Kanton und Stadt St.Gallen eine gemeinsame „Arbeitsgruppe für flankierende Massnahmen zur Überzeugungsarbeit“ eingesetzt. Deren Arbeit wurde sistiert, nachdem der Bundesrat sich am 4. Juli 2001 vorerst für die Standorte Freiburg und Aarau als Sitz des Bundesverwaltungsgerichts- bzw. strafgerichts entschieden hatte. Mit Beschlüssen vom 29. April 2003 haben Regierung und Stadtrat eine „Projektorganisation Kanton und Stadt St.Gallen“ zur Unterstützung des Bundes bezüglich des Bundesverwaltungsgerichts eingesetzt. Ihr gehören in der Projektleitung und in verschiedenen Fach- und Arbeitsgruppen leitende Mitarbeitende von Kanton und Stadt St.Gallen sowie in der Arbeitsgruppe Standortdokumentation und Wohnortmarketing auch eine Vertretung der Gemeinden und der Nachbarkantone an. Dem Lenkungsausschuss gehören die Vorsteherin des kantonalen Justiz- und Polizeidepartementes, der Generalsekretär dieses Departementes und der Stadtpräsident an.

Zielsetzungen der Projektorganisation sind die Erarbeitung der erforderlichen Grundlagen zur Frage der Finanzierungsbeteiligung, die Unterstützung bei der Erarbeitung der planerischen und baulichen Rahmenbedingungen und der Aufbau eines breiten Informations- und Unterstützungsangebotes für die Mitarbeitenden des künftigen Bundesverwaltungsgerichts. Der Projektauftrag ist nicht abschliessend formuliert worden, weil je nach Projektfortgang und sich daraus ergebenden Bedürfnissen Änderungen oder Erweiterungen nötig werden.

Die Offenheit des Projektauftrags und die jeweilige Ausrichtung auf geänderte oder neue Bedürfnisse bringt es mit sich, dass sich die im Postulat aufgeworfenen Fragen nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt abschliessend beantworten lassen. Vielmehr sind einzelne Fragestellungen in der Zwischenzeit bereits beantwortet, einzelne werden sich möglicherweise neu ergeben und bei einzelnen Themen – etwa bei der Art der Vernetzung von Universität und Bundesverwaltungsgericht – sind erste Vorarbeiten getroffen worden. Eine Übersicht



über die bereits geleisteten Arbeiten und die Skizzierung der Perspektiven soll es ermöglichen, das Postulat als erledigt vom Geschäftsregister des Stadtparlaments abzuschreiben.

Für die Realisierung des Bundesgerichtsgebäudes auf dem Areal Chrüzacker ist zurzeit ein zweistufiges Wettbewerbsverfahren im Gang. Die Stadt St.Gallen ist seit Beginn mit dem Stadtplanungsamt intensiv in diese Arbeiten involviert. Das Stadtplanungsamt wird das Vorhaben in enger Zusammenarbeit mit dem kantonalen Hochbauamt auch künftig begleiten und namentlich zuständig sein für die Vorbereitung einer Umzonung des für das Gericht vorgesehenen Geländeanteils in die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen und eines allenfalls notwendigen Überbauungs- oder Gestaltungsplans für das Areal. Die zuständigen Dienststellen der Stadtverwaltung werden im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit auch auf eine rasche Abwicklung der notwendigen Baubewilligungsverfahren hinwirken.

In der Arbeitsgruppe Standortmarketing und Werbung ist die Stadt St.Gallen mit verschiedenen Mitarbeitenden vertreten. Die Arbeitsgruppe hat mit der Broschüre „east“ eine attraktive Informationsbroschüre über den Wohn- und Lebensraum Ostschweiz in deutscher und französischer Sprache realisiert. Zudem ist ein deutschsprachiger und ein französischsprachiger Internetauftritt aufgeschaltet worden (www.ost-schweiz.ch; www.suisse-orientale.ch). Beabsichtigt ist ferner, zu gegebener Zeit mit weiteren Marketingmassnahmen wie Informationsveranstaltungen (in Bern und in St.Gallen und Umgebung), mit der Abgabe von vergünstigten Hotelpackages u.ä. das Personal des Bundesverwaltungsgerichts für den Wohnstandort St.Gallen und Ostschweiz zu gewinnen. Die Arbeitsgruppe wird solche Aktivitäten namentlich auf den Zeitpunkt der Wahl der Richterinnen und Richter am Bundesverwaltungsgericht in Aussicht nehmen. Insbesondere wird es darum gehen, Richterinnen und Richter zu bewegen, mit ihren Familien auf den Zeitpunkt der Aufnahme ihrer Arbeit in St.Gallen in die Ostschweiz zu übersiedeln. Die Stadt St.Gallen evaluiert in ihrem eigenen Bereich derzeit eine verbesserte Version der bisherigen online-Immobilienbank im Wohn- und Geschäftsbereich. Sie soll einerseits die Markttransparenz für Nachfragende erhöhen und andererseits den administrativen Aufwand sowohl für Anbietende wie auch innerhalb der Dienststelle Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing verringern, um Zeit für den persönlichen Kontakt und die individuelle Beratung in allen den Wohnsitz St.Gallen betreffenden Fragen wie Ausbildung, Kultur, Freizeit, Gesundheit, Gastronomie etc. zu gewinnen. Die Stadt war im Übrigen zusammen mit dem Kanton aktiv mitbeteiligt an der Organisation von Besuchen eidgenössischer Rekurskommissionen und Beschwerdedienste.

Was die Frage nach einer französisch-deutschen und einer englisch-deutschen Primarschule in einem zentralen Schulhaus betrifft, so ist diese in einem grösseren Zusammenhang zu sehen. St. Gallen ist Sitz einer renommierten Universität. Verschiedene Bereiche der Fachhochschulen sind hier angesiedelt und die Nähe zum Bodenseeraum macht den Standort



attraktiv für internationale Firmen. Unabhängig vom bevorstehenden Aufbau des Bundesverwaltungsgerichtes muss darum die Frage des Beitrages der Volksschulen zur Sicherung der Standortqualität geprüft werden. Dabei geht es nicht nur darum, Kindern von Eltern aus andern Sprachgebieten, die sich beruflich vorübergehend hier niederlassen, eine adäquate Beschulung zu ermöglichen. Wichtig ist auch, dass den speziellen internationalen Beziehungen und der Ausstrahlung der Stadt Rechnung getragen wird. Denkbar ist, dass in der städtischen Volksschule im Rahmen der kantonalen Lehrpläne und unter Vorbehalt der kantonalen Bewilligung Klassen mit spezieller Förderung des Fremdsprachenunterrichts geschaffen werden. Dabei darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die öffentliche Volksschule Bildungsort für alle schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen ist und sich daher um das schulische Wohl aller zu kümmern hat. Das heisst, die öffentliche Schule steht allen schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen egal welcher Herkunft und Sprache zum Besuche offen und bietet diesen gezielte Förderung. Es ist ihr Ziel, alle Kinder und Jugendlichen möglichst rasch ins öffentliche Schulwesen zu integrieren. Genügen die Deutschkenntnisse zur aktiven Teilnahme am Unterricht nicht, erfolgt die Förderung in speziellen Integrationsklassen, wo innert längstens einem Jahr die Sprachdefizite aufgearbeitet werden und darauf hin ein Übertritt in eine Regel- oder eine Kleinklasse erfolgt. Dort wiederum erhalten die Schülerinnen und Schüler bei Bedarf zusätzlichen Stützunterricht in Deutsch. Mit diesen Massnahmen soll es allen Kindern und Jugendlichen möglich sein, die Volksschule erfolgreich zu durchlaufen und die Lehrplanziele zu erreichen.

Zur Frage der Bereitstellung von Wohnraum auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Bundesverwaltungsgerichts hat sich der Stadtrat bereits am 11. Mai 2004 in der Bearbeitung einer Einfachen Anfrage geäussert. Zu jenem Zeitpunkt ging der Stadtrat zwar noch von einer Inbetriebnahme des Bundesverwaltungsgerichts ab 2007/2008 aus. An der damals geäusserten Haltung, dass die Stadt grundsätzlich – unabhängig von der Betriebsaufnahme des Bundesverwaltungsgerichts - eine aktive Politik der Wohnraumerhaltung und Wohnbauförderung betreiben muss, ändert sich aber nichts. In der Stadt St.Gallen bestehen nach der abgeschlossenen Zonenplanrevision auf absehbare Zeit ausreichende Baulandreserven für den Wohnbau der verschiedensten Nachfragekategorien. Zudem wird auch im Bereich des bestehenden Angebots laufend Wohnraum – Mietwohnungen wie Wohneigentum - frei. Die Anstrengungen der Stadt gehen dahin, dass in den kommenden Jahren generell genügend und individuellen Wünschen und Bedürfnissen gerecht werdende Wohnungen und Eigenheime angeboten werden können. Eine gezielte Bereitstellung von bestimmtem Wohnraum bzw. Bauland auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Gerichts erscheint aber kaum zweckmässig, weil nicht absehbar ist, wer vom Gerichtspersonal wann in St.Gallen Wohnsitz nehmen wird und welches jeweils die individuellen Wohnbedürfnisse sind. Wesentlich



ist aber, dass über den verfügbaren Wohnraum ausreichend Transparenz besteht und dass seitens der Stadt persönliche und individuelle Beratung angeboten wird.

Im Verhältnis Bundesverwaltungsgericht – Universität steht Folgendes im Vordergrund: Es ist zu prüfen, ob im Weiterbildungsbereich und im Segment Nachdiplomstudien Lehrangebote angeboten werden können, die speziell die fachlichen und thematischen Bedürfnisse der juristischen Mitarbeitenden des Bundesverwaltungsgerichts ansprechen. Das wird nicht nur für die HSG eine Chance sein, sondern kann für das Gericht eine wertvolle Unterstützung bei der Rekrutierung der jüngeren Juristinnen und Juristen bilden, die als Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber benötigt werden. Die Universität wird ihrerseits im Bereich der Lehre von den Richterinnen und Richtern des Bundesverwaltungsgerichts Nutzen ziehen können. Erste Abklärungen sind bereits im Gange. Konkretisieren lassen sich diese Vorstellungen aber erst, wenn auf Seiten des Gerichts die nötigen Leitungsorgane bestellt sind.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass die im Rahmen der Projektorganisation gemeinsam erarbeiteten und noch zu erarbeitenden Massnahmen, ergänzt durch spezifische Leistungen der Stadt wie Wohnraumvermittlung und persönliche Beratung in sämtlichen Fragen der Niederlassung zweckmässig sind, um die Ostschweiz und vor allem auch die Stadt St.Gallen als attraktiven Wohnstandort zu vermitteln.

5 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Standortbeitrag an den Neubau des Bundesverwaltungsgerichtes von Fr. 1'500'000.– wird gutgeheissen und ein entsprechender Verpflichtungskredit erteilt.
2. Der Beschluss unter Ziffer 1 untersteht gemäss Art. 8 Ziffer 6 lit. a der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
3. Das Postulat betreffend Begleitende Massnahmen zur Verwirklichung des Bundesverwaltungsgerichtes wird als erledigt vom Protokoll abgeschrieben.

Der Stadtpräsident:
Hagmann

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Postulat vom 2. Juli 2002

